

Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **35 (1945)**

Heft 32

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

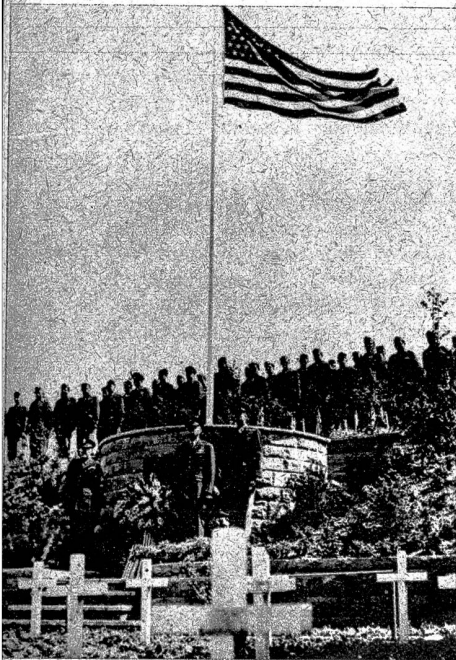
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Militärische Ernennungen: Der Bundesrat hat unter gleichzeitiger Ernennung zum Oberstkorpskommandanten den bisherigen Oberstdivisionär und Waffenchef der Artillerie, Louis de Montmollin (Mitte), geboren 1893, von Neuenburg, zum Generalstabschef befördert. Sein Nachfolger als Waffenchef der Artillerie wird, unter Beförderung zum Oberstdivisionär, Oberst Walter Maurer, geboren 1891, von Basel. Ferner hat der Bundesrat Oberstkorpskommandant Hans Frick (rechts) zum Chef der Ausbildung der Armee ernannt (ATP)



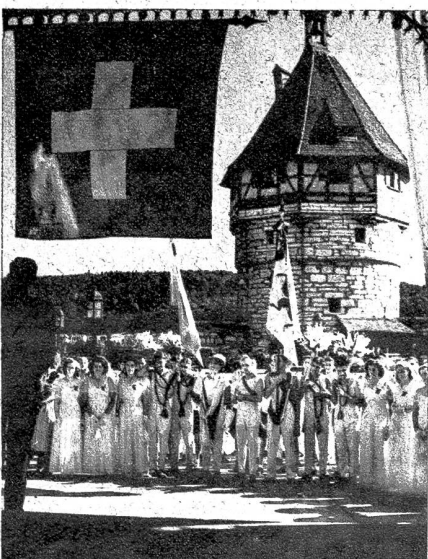
Am Jahrestag der Gründung der amerikanischen Luftstreitkräfte haben amerikanische Armee-Urlauber, vor allem Flieger und Luftlandesoldaten, auf dem amerikanischen Fliegerfriedhof ihren toten Kameraden einen Besuch abgestattet und einen Kranz niedergelegt (ATP)



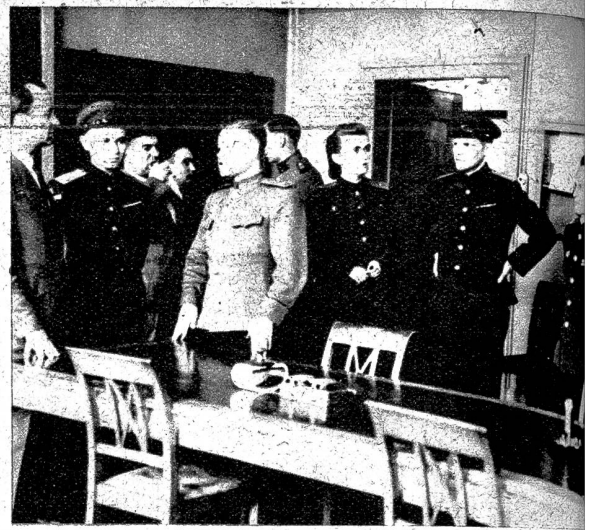
Chiasso hat zur Bundesfeier die Vertreter der amerikanischen Armee in Italien eingeladen. Die Amerikaner gaben dieser Einladung Folge und entsandten mehrere hohe Offiziere. Auf unserem Bilde stossen Oberst David (rechts) und Stadtpräsident Bianchi von Chiasso auf das Wohl der ältesten Demokratien an (ATP)



Der Olympische Zehnkampf des XVI. Leichtathleten-Turntages in Bern auf dem idealen Turnerstadion Wankdorf brachte eine grosse Ueberraschung. Der Berner Oskar Häfliger, den unser Bild (rechts) im Hundertmeterlauf Brust an Brust mit Ernst Weisskopf zeigt, konnte dem favorisierten Stabhochsprung-Rekordmann Armin Scheurer aus Biel den Zehnkampfsieg entreissen (ATP)



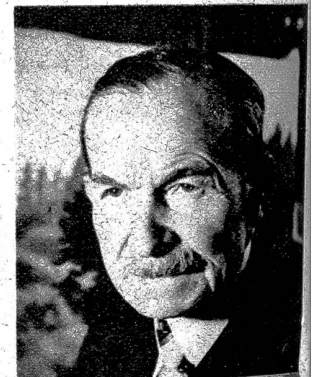
Eidg. Jubiläums-Kunstturntag in Schaffhausen. Der aus Anlass des 25jährigen Bestehens des Eidg. Kunstturner-Verbandes veranstaltete Festakt verlief recht stimmungsvoll: Unser Bild zeigt die Übergabe der eidg. Fahne, die aus Le Locle hergebracht worden war, an die Schaffhauser. Im Hintergrund der Munot, das Wahrzeichen der Rheinstadt (Photopress)



Die russische Militärdelegation, welche zwecks Besprechungen über Lage und Heimschungsmöglichkeiten der russischen Interessen in die Schweiz gekommen ist, hat ihre Arbeiten sofort in Angriff genommen. Im städtischen Gymnasium Bern ist der Delegation der notwendige Bureauaum zur Verfügung gestellt worden (ATP)

Rechts:

In Bern ist im 80. Lebensjahr der bekannte Kunstmaler und alt Seminarlehrer Robert Kiener nach kurzer Krankheit gestorben. Von seinen vielen Werken, vorzugsweise Landschaften in Aquarell und Oel, sind die Illustrationen der Kocherschen Operationslehre besonders bekannt (ATP)



Ueberaus eindrucksvoll verlief die Geburtstagsfeier der Eidgenossenschaft in Thun, wo Bundesrat Etter in seiner Ansprache betonte, dass Neutralität und Wehrhaftigkeit auch fürderhin die Grundlagen unserer Demokratie und Freiheit bilden müssen. Der Feier wohnten auch — zur Rechten des bundesrätlichen Redners — böhmi amerikanische Offiziere bei, die sichtlich von der schlichten Feier stark beeindruckt wurden (ATP)

POLITISCHE RUNDSCHAU

Die deutschen Fluchtkapitalien

an. Als die deutschen Guthaben in der Schweiz durch Bundesratsbeschluss einer Bestandsaufnahme unterstellt werden mussten, wusste man nicht recht, wie weit die Forderungen der Alliierten eigentlich gingen. Beanspruchten sie alles, was den Deutschen gehörte und hierher verschleppt worden, beanspruchten sie am Ende auch Kapitalwerte, die seit Jahrzehnten bei uns investiert worden — oder stellten sie die Minimalforderung: Raubgut sei auszuliefern und sonst nichts?

Im Potsdamer Communiqué ist wiederum die Frage von den deutschen «Guthaben im Auslande, welche vom Berliner Kontrollrat festgestellt werden» und von ihm «kontrolliert» werden sollen. Heisst dies nun, dass die Forderungen der Alliierten über das Minimum hinausgehen werden, und dass sogar die jahrzehntealten Investitionen zur Wiedergutmachung herangezogen werden sollen?

Gleich nach dem Currie-Besuch in Bern verdichteten sich die Forderungen der schweizerischen Kreise, welche mittellos aus dem zerschlagenen Reiche heimgekommen und derjenigen, die am Verlust der eingefrorenen Milliarden beteiligt waren, zu einer bestimmten These: Die hierzulande festgestellten deutschen Sachwerte und Kapitalien seien in erster Linie zur Deckung von Schäden zu verwenden, welche von Schweizern erlitten worden. Ausgenommen von den Ansprüchen dieser Geschädigten wären selbstverständlich «Raubgüter», die von den Räufern hierher verschoben und wer weiss von wem gehehlt worden.

Nun ist auch in einer bundesrätlichen Erklärung darauf verwiesen worden, dass es schweizerische Schadenersatzansprüche in hohem Umfange gebe und Rechtsgründe genug, welche uns zur Deckung solchen Schadens durch die gegen anderthalb Milliarden betragenden geflüchteten deutschen Gelder berechtigten. Festgestelltes Raubgut solle selbstverständlich den Eigentümern wiedererstattet werden.

Wie werden sich die Alliierten, wie wird sich der «Kontrollrat in Berlin» zu diesen unsern nun auch offiziell angemeldeten Ansprüchen verhalten? Sollten die Russen der Ansicht sein, die eingefrorenen Milliarden seien Hitler (schon seinen Weimarer Vorgängern) zum Zwecke der Aufrüstung gepumpt und bedeuteten einen der Beweise für unsern «Pro-Fascismus»? Wir würden da nur auf die Dawes- und Young-Anleihe verweisen, die vermutlich denselben, von den Zeichnern nicht gewollten Zwecken zugeführt wurden. Aber Scherz beiseite: Was werden die Kontrollräte sagen?

Da einer der Zwecke, welchen sie mit der «Kontrolle der deutschen Guthaben im Auslande» verfolgen, in der Verhinderung dieser Kapitalien, einer geheimen Wiederaufrüstung im Auslande zu dienen, besteht, wäre eigentlich die Aufgabe des Bundesrates, so rasch wie nur möglich unsere Entschädigungsansprüche aus den deutschen Konten zu decken, damit sie überhaupt verschwinden, und man den Herren melden könnte, es gebe derlei bei uns überhaupt nicht mehr. Dann hätten sie auch nicht jene verschwörerische Tätigkeit von Kreisen zu fürchten, die als Strohmannen deutsche Machenschaften bei uns decken könnten.

Das Ergebnis von Potsdam

Im Potsdamer Communiqué, welches nach Abschluss der Konferenz herausgegeben wurde, steht als wichtigstes Resultat der Beschluss voran, einen Rat der Aussenminister zu begründen, welcher die ständige Fühlung unter den beteiligten fünf Regierungen herstellen soll: USA, England, Russland, Frankreich und China werden als «die fünf anerkannten Grossmächte» das Heft in der Hand behalten und die den Völkern versprochene Zusammenarbeit verwirklichen. Das ist ein Ergebnis erster Ordnung, und zwar eines, auf das man nicht gewartet hatte. Es steht den Beschlüssen über das Schicksal Deutschlands voran und hat durchaus greifbare Gestalt. Nicht nur wird bestimmt, dass



General de Gaulle hat dem berühmten französischen Schriftsteller und wohl markantesten Lyriker Frankreichs unserer Zeit, Paul Valéry, ein Staatsbegräbnis anordnen lassen (ATP)



Nach Laval's Ausweisung in Spanien landete sein Flugzeug zuerst bei Linz, von wo ihn die Amerikaner sofort weiterspediten. Unser Bild zeigt die Ankunft Laval's (mit Stock) in Le Bourget. Vor ihm erkennt man, mit dem Kopftuch, seine Gattin. Von hier aus wurde er sofort ins Gefängnis von Fresne übergeführt (Photopress)

Links: Laval im Pétain-Prozess. Pierre Laval während seiner aufschlussreichen Zeugnisaussage im Prozess Pétain (Photopress)

Im Fort von Montrouge in Paris ist der seinerzeitige französische Sprecher von Radio Stuttgart, Paul Joseph Ferdinand, bekannt als „Der Verräter von Stuttgart“, hingerichtet worden. Unser Bild zeigt ihn mit seinem Verteidiger Maître Casanova. (ATP)

Rechts: Der Innenminister der neofaschistischen Regierung in Norditalien, Buffarini, ist als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt worden. Hier nimmt er unmittelbar vor der Exekution durch italienische Patrioten mit dem Beistand eines Pfarrers Abschied von der Welt. (Ph. P.)



die Sitzungen dieses Rates «in der Regel in London» stattfinden sollen, sondern es wird auch gesagt, dass spätestens am 12. September dieses Jahres die erste Sitzung abgehalten werden solle.

Freilich wird nicht gesagt, dass dieser neue «Rat» als ständige Einrichtung neben dem «Welt-Sicherheitsrat» und dem konsultativen Aussenministerrat der drei Grossen funktionieren solle. Vielmehr sind ihm einige zeitgebundene Aufträge übergeben. Am 12. September werden die fünf Herren, jeder mit einem Stellvertreter, welcher die vollen Kompetenzen des Aussenministers selbst besitzt, und mit eigenen technischen Delegationen die *Friedensvertragsinstrumente für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland zu bearbeiten beginnen.*

In derselben Sitzung oder in einer spätern sollen die hohen Beauftragten *alle ungelösten territorialen Fragen Europas* beraten und lösen. Ebenso wird ihre Aufgabe sein, das *Vertragsinstrument für einen Frieden mit Deutschland*, den man einer neugeschaffenen Regierung unterbreiten kann, zu schaffen.

Auf ein dauerndes Funktionieren dieses Rates weisen aber andere Bestimmungen hin: Jedesmal, wenn einer der fünf Staaten mit einem im Rate nicht vertretenen eine Frage zu behandeln hat, die er vor den Rat bringen will, ist dieser andere Staat eingeladen, einen Vertreter zu entsenden. Verhandlungsgegenstände, die nur einen der fünf oder mehrere angehen, sollen von ihnen in periodischen Sitzungen besprochen werden. Jeder kann übrigens Fälle, die er vor den Rat zu bringen wünscht, mit den interessierten, im Rate nicht vertretenen Staaten vorherberaten. Alles in allem: Die drei Grossen haben in 9 Sitzungen, an welchen noch Churchill und Eden teilnahmen, und in vier weiteren mit Attlee und Bevin eine Instanz geschaffen, die alle Merkmale des Willens zum praktischen Arbeiten an

der gemeinsamen Führung der Welt nach gemeinsamen Zielen aufweist.

Wie die Einzelinteressen dabei gewahrt bleiben sollen, ergibt sich aus der Bestimmung, dass Frankreich als Mitinteressierter an der Abfassung des Friedensvertrages mit Italien beteiligt sein soll, obgleich seine Regierung bei der Kapitulation von 1943 noch nicht beteiligt war. Desgleichen sollen bei der Abfassung jedes solchen Vertrages jene Mächte die Führung in der Hand behalten, welche die Kapitulation entgegengenommen. Ein Hinweis darauf, dass *im kommenden Kapitulationsfrieden mit Japan* die USA und Grossbritannien das Heft in der Hand behalten wollen, und dass nur China mitredet. So dass also Moskau, wenn es mit von der Partie sein will, aktiv in den Krieg eintreten muss.

Da der Rat die «Europa-Kommission» in London überflüssig macht, wird sie aufgelöst. Ihre restlichen Aufgaben gehen an den Kontrollrat in Berlin und an die alliierte Kommission in Wien über.

Die

Bestimmungen über das Deutsche Reich

sind von der Weltpresse nicht übereinstimmend begrüsst worden. Es hat sogar eine amerikanische Zeitung darin die «*Aussaat des nächsten Krieges*» gesehen. Man kann auch sicher sein, dass sich Proteste gegen die gefassten Beschlüsse der drei hauptsächlichsten Siegermächte erheben würden, wäre nicht die Liste der Naziverbrechen so riesengross, und würde man nicht das «politisch unreifste Volk der Welt», das deutsche, dafür verantwortlich machen, dass es mitgegangen und diesem Regime zugejubelt. Selten erhebt sich eine Stimme, die dieses Zujubeln der Deutschen mit dem Versailler Frieden in Zusammenhang bringen. Und noch seltener wird die Ent-

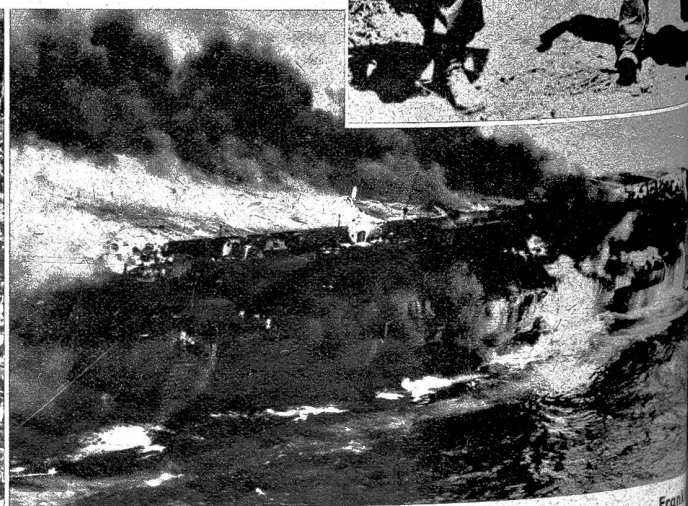


Links: Unser Funkbild zeigt König Georg VI von England, wie er an Bord des britischen Schlachtkreuzers „Renown“ im Plymouths-Hafen den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Harry S. Truman begrüsst, der ihm, von der Konferenz der „Grossen Drei“ von Potsdam kommend, einen Besuch abstattete (Funkbild ATP)

Rechts: Zwei indische Soldaten der 14. Armee, die Burma befreiten, bringen einen verwundeten Japaner ins Gefangenenerlager. Dies ist eine grosse Seltenheit, denn speziell die in Burma eingesetzten Japaner lassen sich sozusagen überhaupt nicht gefangennehmen. Ob verwundet oder nicht, kämpfen sie mit der grössten Selbstverständlichkeit bis zum Tod, dem sie, wenn er zu lange auf sich warten lässt, eher noch nachhelfen (ATP)



Ungefähr das gleiche Schicksal wie Berlin hat Manila, die Hauptstadt der Philippinen, mitgemacht. Die Bombardierungen aus der Luft waren nicht so grässlich, aber dafür wurde Manila zweimal innert drei Jahren umkämpft und besonders von den Japanern mit verbissener Zähigkeit verteidigt, unter Anwendung des Prinzipes der „verbrannten Erde“ (ATP)



Als in den Operationen der amerikanischen Flotte in den japanischen Gewässern „Franklin“ hintereinander zwei Volltreffer von Hochexplosivbomben erhielt, stand sofort das ganze Schiffsensemble in Flammen. Mitsamt seinen Flugzeugen und riesigen Brennstoff- und Bombenmengen in Flammen. Mehr als tausend Opfer wurden gezählt, und der Träger galt als verloren. Aber die Ueberlebenden brachten schliesslich das Feuer doch noch unter ihre Gewalt und der schwer beschädigte Flugzeugträger erreichte sogar mit eigener Kraft das 19 200 km entfernt gelegene New York

schuldigung vorgebracht, dass die deutschen Massen dieses Regime nicht nur geduldet, sondern auch «erduldet» hätten.

In den allgemeinen Grundsätzen bestimmt das «vorläufige Statut für Deutschland», wie man diese Bestimmungen überschreiben könnte, dass das deutsche Volk Gelegenheit haben solle, sein Leben wieder aufzubauen, und zwar auf der Grundlage demokratischer und friedlicher Prinzipien. Diesem Zwecke sollen vorab die politischen Bestimmungen dienen: Zunächst soll die oberste Gewalt den Befehlshabern der vier alliierten Besatzungsarmeen gehören, welche den «alliierten Kontrollrat» bilden. Das ganze Reich soll einer gleichmässigen Behandlung unterstellt und nicht «auseinanderpolitisiert» werden. Dieser Kontrollrat wird als eine seiner vornehmsten Aufgaben die der Erziehung betrachten und aus allen Lehrmitteln — und Lehrkörpern — die militaristischen und nationalsozialistischen Elemente ausschalten, um dafür die Verbreitung demokratischer Anschauungen zu fördern. Rede-, Presse- und Religionsfreiheit sollen respektiert, religiöse Einrichtungen geschützt, Gewerkschaften und demokratische Parteien erlaubt sein. Mehrere zentrale Verwaltungsabteilungen unter deutschen Staatssekretären sollen für die Zusammenarbeit aller Reichsteile sorgen.

Das Besatzungsregime hat grundlegende Richtlinien erhalten. Es soll für die völlige Entwaffnung des Landes, für seine restlose Entmilitarisierung, die Ausrottung und Beseitigung aller Luft-, Land- und Seestreitkräfte, aller Naziorganisationen, der Gestapo und aller militärischen Einrichtungen sorgen, soll alle Kriegsverbrecher festnehmen und der Bestrafung übergeben, die ganze Nazigesetzgebung, die sich gegen einzelne Rassen, Bekenntnisse und politische Richtungen gewandt, aufheben und schliesslich das gesamte deutsche Gerichtswesen wiederum auf demokratischer und menschlicher Grundlage, unter Sicherung von Gerechtigkeit und Gleichberechtigung aller organisieren. Alle Massnahmen des Regimes sollen dem deutschen Volke beibringen, dass es eine vernichtende militärische Niederlage erlitten und nun zu tragen habe, was sich als Folge des fanatischen Naziregimes und seines Widerstandes bis zum Letzten ergeben.

Die Regelung der deutschen Wirtschaft, im Zusammenhang mit der völligen Entwaffnung, die in Moskau erst noch zu bestimmenden Reparationsleistungen, die Abtretung grosser Gebiete und die Vertreibung deutscher Bevölkerungen aus ihren bisherigen Sitzen sind es, welche da und dort Zweifel an der Richtigkeit der Potsdamer Entschliessungen wachgerufen, und zwar bei all jenen, die nicht nur Gerechtigkeit, sondern auch Weisheit auf ihre Fahne schreiben. Käme nur die Gerechtigkeit in Frage, wäre wohl die ganze Welt einig darüber, dass Deutschland mehr gutzumachen habe als je ein Staat der Weltgeschichte, welcher sich nicht als Sieger solcher Gerechtigkeit entziehen konnte.

Aber vielleicht ist eine höhere Weisheit im Spiel und bietet dem deutschen Volke eine Chance, die kein anderes Volk so deutlich vor sich sieht: Die Alliierten sollen nach dem Potsdamer Beschluss dafür besorgt sein und wollen es auch, dass im verbleibenden Reiche mit einer Bevölkerung von 70 Millionen, die auf drei Viertel von Versailles-Deutschland zusammengedrängt leben müssen, vor allem die Landwirtschaft entwickelt werde. Industrie soll nur so weit bestehen bleiben, wie sie zur Versorgung des eigenen Landes und Exporten in bestimmtem, von den Alliierten erlaubtem Umfange, notwendig sein wird. Uebrigens sollen Landwirtschaft und Inlandsindustrie auch für die Besatzungsarmee, nicht nur für das eigene Volk, aufkommen. Schwerindustrie, welche rasch auf Schiffs- und Kanonenbau, auf Kriegsmaterial aller Art, auf Flugzeugbau, auf chemische Kriegsartikel umgestellt werden könnte, soll es nicht geben, und deshalb wollen die Alliierten Stahl,

Maschinen und Chemie, selbstverständlich auch die deutsche Kohle, unter ihrer Kontrolle behalten.

Man überlege, dass zuhanden der Friedenskonferenz die Drei die Abtretung aller Gebiete östlich der Oder und der Görlitzer Neiße an Polen vorschlagen und die Deutschen daraus wie auch aus der gesamten Tschechoslowakei und Ungarn hinausschaffen wollen — human und nicht à la Auschwitz. Man schätze ab, was es für das übervölkerte Reich heisst, die besten landwirtschaftlichen Gebiete verlieren! Man nehme hinzu, dass für alle Nationalisten der Gedanke, diese Ländereien an die verachteten Polen — und Königsberg an die Russen — zu verlieren, ein bitteres Gift bedeutet. Werden diese Elemente je verstehen können, was die Chance und Aufgabe des verkleinerten Reiches sei: Nämlich, dass es nun heisse, das ganze Land in einen einzigen Garten zu verwandeln! Dass Deutschland der ganzen Welt beweisen müsse, wie falsch die These gewesen, ein übervölkertes Land könne nur existieren, wenn es massenhaft exportiere und dafür die billigst erhältlichen Nahrungsmittel importiere? Dass es ohne Schwerindustrie gehe? Dass schliesslich auch die Siegermächte, sollten sie je den Frieden in der Welt verwirklichen, ohne «brotschaffende Waffenindustrie» auskommen müssten und — könnten! Dass des Rätsels Lösung sei, direkt Arbeit am Boden zu leisten, direkt Brot zu schaffen, statt mit unsinnigen Beschäftigungen Geld zu verdienen, um das Brot zu kaufen, das bald im Ueberfluss, bald wieder nicht vorhanden ist.

Wir fürchten, dass es den in Dogmen befangenen deutschen Wirtschaftlern und den in «Ehrenwahnvorstellungen» aufgewachsenen deutschen Fanatikern schwer fallen wird, derlei Aufgaben überhaupt als solche zu verstehen und an ihre Erfüllung zu glauben.

Die Reparationsbestimmungen von Potsdam

werden jedoch die Masse des deutschen Volkes zwingen, sich praktisch daran zu machen, und werden ihnen gar nicht erst Zeit lassen, über die Erfüllbarkeit nachzudenken. Denn als vorläufiger Beschluss, welcher im Hinblick auf ein späteres vollkommenes Reparationsprogramm aufgefasst werden muss, gilt die Erlaubnis an die Russen, aus dem von ihnen besetzten Teil des Reiches alle Fabriken und Fabrikeinrichtungen abzutransportieren, welche irgendwie für die deutsche Wiederaufrüstung in Frage kommen könnten. Was in den drei andern Besatzungszonen an solchen Gütern vorhanden ist, soll den drei Westmächten zu 85% gehören. 15% erhalten ebenfalls die Russen, welche aus ihrem Beuteanteil auch die Polen befriedigen, während alle andern sich an USA und Grossbritannien zu halten haben. Die Russen liefern den Alliierten dafür Zink, Potasche, Lebensmittel, Holz, Kohle und Petrol. Von allen deutschen Industrieausrüstungen, die von der deutschen Friedenswirtschaft nicht benötigt werden, erhalten die Russen 10% als Anzahlung auf ihre Reparationsforderungen.

Das Ganze heisst: «Gründliche Entwaffnung». Eine deutsche Regierung wird eingesetzt werden, die nicht nur die vorläufigen Bestimmungen von Potsdam, sondern einen regelrechten Friedensvertrag zu unterzeichnen hat. Es ist denkbar, dass sich eine solche finden wird. Und ebenso denkbar, dass sich hernach die langsame Emanzipation des entrechteten Eroberervolkes wiederum anbahnt. Vor allem dann, wenn auch das deutsche Volk Zeuge einer wirklichen und ehrlichen Dauerverbindung und einer segensreichen Zusammenarbeit der drei oder fünf Grossen und der gesamten «Vereinten Nationen» sein wird. Gerät aber die heutige Allianz der Grossen fluchwürdigerweise in neue und grössere Konflikte, dann wird auch die Linie der konsequenten und vernünftigen Behandlung Deutschlands ins Irre führen, und es entsteht hier für spätere Zukunft der gefährlichste aller Brandherde.